

Schlag in die Kniekehle

Elternvertreter im Kreis Tübingen laufen Sturm gegen Stundenkürzung an Schulen

Kultusminister Andreas Stoch (SPD) bekommt derzeit viel Post aus dem Kreis Tübingen. In Briefen und Mails protestieren Elternvertreter und Lehrerkollegien gegen Verschlechterungen.

UTE KAISER

Kreis Tübingen. „Man hat den Eindruck, die Bildungspolitik bei uns im Land wird vom Finanzministerium gemacht.“ Diesen Stoßseufzer eines Schulleiters können Elternvertreter gut nachvollziehen. Denn alle Schulen im Land, von den Grundschulen bis zu den Gymnasien, sollen nach den Plänen des Kultusministeriums Entlastungsstunden einbüßen.

Am Rottenburger Eugen-Bolz-Gymnasium beispielsweise würden von 50 Wochenstunden 13 gestrichen. Sie gab es bisher unter anderem für die Organisation der Hausaufgabenbetreuung – eingeführt mit der Verkürzung der Schulzeit von G 9 auf G 8 –, für die Betreuung von Referendaren, von Sammlungen, der Bibliothek, für den Schüleraustausch und für Verbindungslehrer. Das kleinere Tübinger Umland-Gymnasium würde neun Entlastungs-

stunden einbüßen. An den Schulen im Kreis gibt es noch keinen Plan, wie sie das hinbekommen sollen.

Als „fatales Signal“ bewertet der Rottenburger Theo Keck den Vorstoß. Er sei demotivierend, so der Vorsitzende des Landeselternbeirats, denn er treffe vor allem die Lehrer, die ohnehin mehr Zeit aufwenden, als ihnen angerechnet wird. Von einem „Schlag in die Kniekehle“ der engagierten Lehrer sprach auch Rainer Drake, der Vorsitzende des Tübinger Gesamtelternbeirats. Sie würden das wohl durch „unentgeltliche Mehrarbeit auffangen“, vermutet Keck. Absehbare Burn-outs könnten nicht im Sinn des Dienstherrn sein.

Prävention, soziales Lernen, Wettbewerbe wie „Jugend forscht“: All dies, so Keck, sei von den Kürzungsplänen betroffen. Wenn die grün-rote Landesregierung ihren Wahlkampfversprechen von einer besseren Bildung für alle wirklich gerecht werden wolle, wäre es „notwendig, die Anerkennung auszuweiten und nicht auf niedrigem Niveau weiter runterzufahren“, sagt er.

Zwar gestehen die Elternvertreter der Koalition zu, dass sie bei der individuellen Förderung, der Inklusion und der Schulsozialarbeit schon ei-

niges in Gang gesetzt habe. Aber wenn die Rotstift-Politik so weitergehe, könne man diese Ziele vergessen. Außerdem werde, was jetzt zur Disposition steht, weiter gebraucht.

Eine „Politik des Überhörtwerdens“

„Die Kürzungen bedeuten eine Verschlechterung von Schule“, mahnt Drake. Das könne sich die Regierung nicht schönrechnen. Das Ministerium argumentiert beispielsweise bei der Hausaufgabenbetreuung damit, dass sie sich eingespielt habe und deshalb Kompensationen

nicht mehr zu rechtfertigen seien. Es gärt: Dass Finanzminister Nils Schmid Proteste gegen Sparpläne als „Elterngeschrei“ abtat, kostete die Landesregierung viele Sympathien.

Der Landeselternbeirat war zu den Streichplänen nicht gehört worden. Deshalb spricht Keck von der „Politik des Erst-gar-nicht-Gefragt-werdens und des Überhörtwerdens“. Als Väter haben die Elternvertreter zwar Verständnis dafür, künftigen Generationen nicht zu viele Schulen aufzubürden. Allerdings sei die Bildung der falsche Bereich fürs Sparen. „Der Finanzminister müsste schauen, wo er sonst kürzen, umschichten oder aber Einnahmen generieren kann“, fordert Drake. ■ **siehe ÜBRIGENS**

Beiräte fordern: Änderungen komplett zurückziehen

Das Stuttgarter Kultusministerium begründet die Kürzungen mit einer Denkschrift des Landesrechnungshofs von 2007. Gegen die hatte sich das CDU-geführte Kultusministerium 2008 vehement und erfolgreich gewehrt. Der El-

ternbeirat der Tübinger Geschwister-Scholl-Schule fragt nun in einem Brandbrief an den Minister unter anderem: Wie sollen die Lehrer die Kürzungen konkret umsetzen? AGs streichen, auf Projekte und Studienfahrten verzichten?

Wie sollen sie die Ausbildung der Referendare auf gleichbleibend hohem Niveau garantieren? Antworten aus Stuttgart gibt es dazu bisher nicht. Auch nicht auf die Forderung, die geplanten Änderungen komplett zurückzuziehen.